

## Lockerungen, aber keine Massentests

Die St.Galler Regierung unterstützt Bemühungen für einen geordneten Ausstieg aus dem Lockdown. Nicht vorgesehen sind Massentests.

St.Gallen.– Während der Bundesrat vorgestern Mittwoch über geplante Lockerungen informierte, beantwortete die St.Galler Regierung im Kantonsrat eine Reihe von dringlichen Vorstößen zur Pandemie. Die CVB/EVP-Fraktion hatte etwa gefordert, dass Läden und Restaurants ab dem 1.März wieder geöffnet werden dürften.

Sie teile die Einschätzung, «dass die Gesellschaft nach zwölfmonatiger Pandemiedauer eine Perspektive benötigt», schreibt die Regierung. Für die Wirtschaft und die Bevölkerung sei eine zeitnahe Lockerung der vom Bundesrat verfügten Massnahmen angezeigt. Der Entscheid liege beim Bundesrat. Die Regierung plant für morgen Samstag eine ausserordentliche Sitzung, um die neusten Vorschläge des Bundes zu diskutieren und eine Rückmeldung nach Bern zu geben. Sie habe sich dazu bereits ausgetauscht und sei auch mit den Nachbarkantonen in Kontakt.

### Theater und Museen öffnen

In ihrer Antwort auf eine Interpellation der SVP schreibt die Regierung, sie strebe an, dass Kulturinstitutionen und -veranstalter bereits beim ersten Lockerungsschritt berücksichtigt würden. In Museen und Theatern etwa sei das Ansteckungsrisiko bei einer Belegung von 30 Prozent und mit Maskenpflicht äusserst gering.

Von breiten Testaktionen in der Bevölkerung will die Regierung derzeit absehen. Denkbar sei hingegen das gezielte Testen von Teilnehmenden an Veranstaltungen oder das regelmässige Durchtesten des Personals in Heimien. In Firmen seien Massentests dort sinnvoll, wo das Übertragungsrisiko trotz Schutzkonzept erhöht sei. Jedoch nicht dort, wo das Risiko einer Ansteckung am Arbeitsplatz geringer sei als im privaten Umfeld. (sda)

## Diskriminierende Personalpolitik?

St.Gallen.– Ein Satz in einem grossen Porträt von Kantonsärztin Danuta Zemp im «St.Galler Tagblatt» vom Montag ist zwei FDP-Parlamentariern sauer aufgestossen. Als Feministin habe sie im Kantonsarztamt «nur Frauen angestellt», wird Zemp dort zitiert. Für die Kantonsrätin Jens Jäger (Vilters) und Katrin Frick (Buchs) Anlass genug, sich in einer Interpellation zu erkundigen, ob im Kantonsarztamt eine diskriminierende Personalpolitik betrieben werde. Jäger/Frick bitten die Regierung um Beantwortung der Frage, ob es üblich sei, dass die politische Grundhaltung einer leitenden Angestellten Einfluss auf deren Personalpolitik habe und allenfalls auch auf andere Entscheidungen. Im Weiteren wollen die Interpellanten wissen, wie viele Personen die Kantonsamts-



Bald gesetzlich verankert: Die St.Galler Regierung wird einen Gesetzesentwurf zur Mountainbike-Strategie ausarbeiten.

Bild: Hadland Tourismus AG

# Mountainbike-Strategie wird im Gesetz verankert werden

Der St.Galler Kantonsrat hat der Regierung an der Februarsession die unbestrittene Motion «St.Gallen braucht eine Mountainbike-Strategie» überwiesen. Diese sieht sich nun in der Pflicht, einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Unter den vier Erstunterzeichnern findet sich auch der Sarganser Kantonsrat Markus Bonderer (SVP).

von Michael Kohler

Der Weg zu einer Gesetzgebung in Sachen Mountainbike-Strategie ist gebet. Nachdem die St.Galler Regierung schon in ihrer Antwort auf zwei Interpellationen von 2018 und 2019 anerkannt hat, dass für die Weiterentwicklung dieser Strategie Handlungsbedarf besteht (siehe Box), hat der Kantonsrat am ersten Tag der Februarsession nun eine entsprechende Motion vom 15. September 2020 verabschiedet. Die Motion war im ganzen Rat breit abgestützt, setzten doch nebst vier Erstunterzeichnern auch nicht weniger als 87 mitunterzeichnende Kantonsräte ihre Unterschrift unter den Vorstoss. Darunter auch neun der zehn Sarganserländer Ratsmitglieder – einzig Jens Jäger (FDP, Vilters-Wangs) ist nicht auf der Liste zu finden.

Einer der Erstunterzeichnenden ist der in Sargans wohnhafte SVP-Kantonsrat Markus Bonderer, der seine Interessen an der vergangenen Februarsession offenlegte und nach eigener Aussage «begeisterter Outdoorsportler auf dem Velo und zu Fuss» sei. Ausserdem hält er Einsitz im Beirat der Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr des Kantons St.Gallen.

### Keine Umwandlung erwünscht

In einem Antrag vom 3. November hat die Regierung die Umwandlung der Motion zu einem Postulat vorgeschlagen. Dadurch müsste sie nicht etwa einen Gesetzesentwurf vorlegen, sondern «nur» einen Bericht zur aktuellen Situation rund um den Mountainbikesport verfassen. Inhaltlich müssten

Das die Regierung die Umwandlung in ein Postulat vorschlägt, erstaune Bonderer nicht, wie er in seinem Votum an der Februarsession erklärte. «Es stellt jedoch keine wirkliche Alternative dar.» So müsse man «die Chance des Velos» nutzen und jetzt verhindern, dass Konflikte zwischen Nutzergruppen entstünden oder ausarten und die Fronten sich verhärten. «Wir kennen die Stossrichtung und wissen, was zu tun ist», wies Bonderer auch auf den bevorstehenden Abschluss der Vernehmlassung auf Bundesebene hin. «Gehen wir das Thema aktiv an, nutzen es für eine positive Planung zusammen mit allen Nutzergruppen.»

### Auch der Wortlaut bleibt

Die Regionen könnten von einer klaren Strategie profitieren und die Angebote auch die nötige Sicherheit für die verschiedenen Nutzergruppen schaffen, zeigt Bonderer am Beispiel vom Flumserberg. «Umgesetzt von den Bergbahnen Flumserberg, dem Biker-Netzwerk und dem Kanton, haben dort Sport, Freizeit und Natur dank einer guten Planung sehr gut nebeneinander Platz.» Ohne das aktive Handeln des Kantons würden Situationen zu es-



«Gehen wir das Thema aktiv an und nutzen es für eine positive Planung zusammen mit allen Nutzergruppen.»

Markus Bonderer  
Sarganser SVP-Kantonsrat

kalieren drohen, führte er weiter aus – im Bewusstsein, dass Forst, Wild, Sport und Freizeit nicht dieselben Interessen verfolgen.

Mit einem weiteren Antrag vom 30. November forderten die beiden CLP-Kantonsräte Franziska Cavelti Häller (Jonschwil) und Andreas Bisig (Rapperswil-Jona) ebenfalls die Umwandlung der Motion in ein Postulat sowie die Gutheissung mit einem geänderten Wortlaut. Konkret sollen bei der Planung Wildlebensräume, wie sie der Richtplan kennt, sowie die negativen Auswirkungen von Bike-Infrastrukturen und erhöhtem Nutzungsdruck (Störungsintensität) auf eben diese Räume berücksichtigt werden.

### «Es braucht nun Taten»

Die Diskussion im Kantonsrat zeigte die Wichtigkeit der Thematik auf. Die Haltungen aus den unterschiedlichsten Perspektiven bestätigen, «dass es dringend die nächsten Schritte benötigt», wie die Biker-Netzwerk AG mit Sitz in Unterterzen in einer Medienmitteilung festhält. Der Kanton St.Gallen müsse nun die Grundlagen definieren und den Rahmen festlegen, «damit Zuständigkeiten in der Koordination mit den Gemeinden, Grundeigentümern sowie Anspruchsgruppen klarer geregelt sind». Die Abstimmung mit dem nationalen Velogesetz soll parallel stattfinden. «Es braucht nun Taten, um die Infrastruktur den Erwartungen und der Realität anzupassen und Konflikte vorzubeugen», schreibt die Biker-Netzwerk AG weiter.

Bonderer bat das Parlament, der Motion in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen und keinen geänderten Wortlaut zu überweisen. «Wir haben

### Der lange Weg zum Gesetzesentwurf

Die Geschichte der Motion «St.Gallen braucht eine Mountainbike-Strategie» beginnt im Juni 2018, als der Toggenburger Kantonsrat Martin Sailer (SP) die Interpella-

Wanderwegen, auch mit dem Mountainbike gefahren werden darf. Es zeigte sich aber schnell, dass allein die fortschrittliche Auslegung dieses Gesetzes nicht ausreicht, um eine

mit der Frage «Welche Strategie verfolgt der Kanton beim Mountainbike?» von Ende 2019 keine befriedigende Antwort seitens der Regierung erfolgte, entwickelte die überpartei-